

Max-Planck-Institut  
für ausländisches und internationales Privatrecht

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht  
33

Anna-Maria Karl

# Die Anerkennung von Entscheidungen in Spanien



J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen

# Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

33

Herausgegeben vom

**Max-Planck-Institut für ausländisches  
und internationales Privatrecht**

Direktoren:

Professor Dr. Ulrich Drobniig, Professor Dr. Hein Kötz  
und Professor Dr. Dr. h. c. Ernst-Joachim Mestmäcker



# Die Anerkennung von Entscheidungen in Spanien

Autonomes Recht und Staatsverträge

von

Anna-Maria Karl



J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen

*Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme*

*Karl, Anna-Maria:*

Die Anerkennung von Entscheidungen in Spanien: autonomes Recht und Staatsverträge / von Anna-Maria Karl.

– Tübingen: Mohr, 1993

(Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht; Bd. 33)

ISBN 3-16-146086-3

NE: GT

978-3-16-158369-8 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019

© 1993 J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen auf säurefreies Werkdruckpapier der Papierfabrik Niefern gedruckt und von der Großbuchbinderei Heinr. Koch in Tübingen gebunden.

ISSN 0720-1141

## **Meinen Eltern**



## Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 1992 vom Fachbereich Rechtswissenschaft I der Universität Hamburg als Dissertation angenommen. Sie ist während meiner Zeit als Assistentin von Prof. Dr. Jan Kropholler am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht in Hamburg in den Jahren 1989-1992 entstanden. Herrn Prof. Kropholler, meinem verehrten Lehrer und Doktorvater, danke ich für seinen Rat und seine konstruktive Kritik, mit denen er das Entstehen der Arbeit begleitet hat. Herrn Prof. Dr. Reinhard Bork danke ich für die Erstellung des Zweitgutachtens.

Mein Dank gilt ferner Herrn Senator a.D. Hans Rau, der mir wertvolle Anregungen aus seinem großen Erfahrungsschatz und seiner langjährigen Beschäftigung mit dem spanischen Recht gegeben hat. Während meines Forschungsaufenthalts in Spanien haben mich Herr Prof. Dr. Miguel Virgós Soriano und Frau Anabel von Funcke, Universidad Autónoma de Madrid, in fachlicher und persönlicher Weise besonders unterstützt. Auch Herr Prof. Dr. Sixto Sánchez Lorenzo von der Universidad Complutense in Madrid hat meine Arbeit erheblich gefördert, indem er mir den Zugang zu unveröffentlichtem Material ermöglicht hat; dazu beigetragen hat durch anregende Gespräche ebenso Herr Prof. Dr. Federico Garau Sobrino, Universidad de las Islas Baleares. Ihnen allen sei herzlich gedankt.

An dieser Stelle ist auch dem Max-Planck-Institut für die ausgezeichneten Arbeitsbedingungen und die großzügige Unterstützung meines Aufenthalts in Spanien zu danken. Mein Dank gilt insbesondere den Mitarbeitern der Bibliothek für ihre ständige Bereitschaft und Geduld bei der Beschaffung von Literatur. Frau Ingeborg Stahl danke ich herzlich für ihren unermüdlichen Einsatz und ihre tatkräftige Hilfe bei der Drucklegung des Manuskripts.

Dank schulde ich schließlich den Direktoren des Max-Planck-Instituts für die Aufnahme der Arbeit in die »Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht«.



Der hauptsächliche Dank aber gebührt meinen Eltern, die mich während meiner gesamten Ausbildung stets motiviert und in allen Vorhaben und Plänen bestärkt und gefördert haben, und meinem Mann, der mir - während unserer gemeinsamen Zeit als Assistenten am Max-Planck-Institut - neben seiner eigenen Promotion in allen Abschnitten meiner Arbeit durch Gespräch und Ermutigung entscheidend zur Seite gestanden hat. Ohne ihn wäre die gestellte Aufgabe nicht zu meistern gewesen.

Hamburg/Berlin,  
im Januar 1993

Anna-Maria Karl

# Inhaltsübersicht

## Einleitung

### Erstes Kapitel: Das spanische autonome Recht

§ 1	Geschichtlicher Überblick	5
§ 2	Begriff der Anerkennung in Spanien	12
§ 3	Wirkungen ausländischer Entscheidungen in Spanien	17
§ 4	Anerkennungsfähige Entscheidungen	36
§ 5	Die sog. Anerkennungssysteme nach Art. 951-954 LEC	50
§ 6	Weitere Bedingungen für den Erlaß des Exequatur in Spanien	65
§ 7	Verfahren des Exequatur gemäß Art. 955-958 LEC	90

### Zweites Kapitel: Der deutsch-spanische Anerkennungs- und Vollstreckungsvertrag

§ 8	Grundlagen	101
§ 9	Anwendungsbereich	107
§ 10	Anerkennungsvoraussetzungen	133
§ 11	Anerkennungshindernisse	150
§ 12	Verfahren der Anerkennung	181

### Drittes Kapitel: Die Anerkennung nach multilateralen Übereinkommen

§ 13	Das Europäische Gerichtsstands- und Vollstreckungsübereinkommen vom 27.9.1968	189
§ 14	Die Anerkennung von Unterhaltsentscheidungen	206
§ 15	Die Anerkennung von Sorgerechtsentscheidungen	216

**Viertes Kapitel: Die Konkurrenz der Rechtsquellen**

§ 16	Das Verhältnis der Staatsverträge zueinander	233
§ 17	Das Verhältnis der Staatsverträge zum autonomen Recht	243
§ 18	Zusammenfassender Überblick über die Anerkennung deutscher Entscheidungen in Spanien	250

**Schlußbetrachtung****Literaturverzeichnis****Anhang****Sachregister**

## Inhaltsverzeichnis

Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXI
<b>Einleitung</b>	1
<b>Erstes Kapitel: Das spanische autonome Recht</b>	5
§ 1 Geschichtlicher Überblick	5
I. Mittelalter und frühe Neuzeit	5
II. Neunzehntes Jahrhundert	6
III. Die Ley de Enjuiciamiento Civil von 1855	8
IV. Entwicklung und Reformvorhaben	10
§ 2 Begriff der Anerkennung in Spanien	12
I. Notwendige Durchführung eines besonderen Anerkennungsverfahrens	12
II. Reichweite der Anerkennung	13
III. Zeitpunkt der Anerkennung	15
IV. Teilanerkennung	16
§ 3 Wirkungen ausländischer Entscheidungen in Spanien	17
I. Qualifikation der Entscheidungswirkungen	17
II. Vollstreckungswirkung	17
III. Rechtskraftwirkung	18
1. Begriff	18
2. Notwendigkeit des Exequaturverfahrens	18
IV. Gestaltungswirkung	22

1. Anerkennung ausländischer Scheidungsurteile	23
2. Notwendigkeit des Exequaturverfahrens	25
3. Andere statusrechtliche Entscheidungen	28
4. Zusammenfassung	29
V. Präklusionswirkung	29
VI. Interventions- und Streitverkündungswirkung	30
VII. Registerwirkung	32
VIII. Beweiswirkung	32
IX. Tatbestandswirkung	33
X. Ergebnis	35
§ 4 Anerkennungsfähige Entscheidungen	36
I. Gerichtliche Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen	36
II. Entscheidungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit	38
1. Keine ausdrückliche Regelung	38
2. Analogie zu Art. 951 ff. LEC	38
3. Kollisionsrechtliche Anerkennung	39
4. Ergebnis	41
III. Entscheidungen von kirchlichen Gerichten	41
IV. Schiedssprüche	43
V. Entscheidungen ausländischer Gerichte in Konkursachen	46
VI. Einstweilige Maßnahmen	47
§ 5 Die sog. Anerkennungssysteme nach Art. 951-954 LEC	50
I. Grundlagen	50
1. Die Hierarchie der Systeme	50
2. Keine <i>révision au fond</i>	51
II. Das staatsvertragliche Anerkennungssystem nach Art. 951 LEC	53
III. Die Verbürgung der Gegenseitigkeit als »zweites« Anerkennungssystem (Art. 952 f. LEC)	55
IV. Das System der »unabhängigen internen Kontrolle« gemäß Art. 954 LEC	57

1. Persönlicher Anspruch	57
2. Ordnungsgemäße Eröffnung und Durchführung des Prozesses	58
3. Kein Verstoß gegen den ordre public	61
4. Formelle Ordnungsmäßigkeit der ausländischen Entscheidung (Art. 954 Nr. 4 LEC)	64
§ 6 Weitere Bedingungen für den Erlaß des Exequatur in Spanien	65
I. Die Prüfung der Gerichtsbarkeit	66
II. Die internationale Zuständigkeit der Gerichte des Erststaates	67
1. Keine ausdrückliche Regelung	67
2. Der Umfang der Prüfung	69
3. Die Zwecke der Prüfung	69
4. Methode der Zuständigkeitsprüfung im spanischen Recht	71
a. System der Gegenseitigkeit	71
b. System der unabhängigen internen Kontrolle	72
aa. Das Spiegelbildprinzip	73
(1) Scheidungsurteile	73
(2) Kindschaftsrechtliche Entscheidungen	75
bb. Auflockerung des Spiegelbildprinzips	77
5. Anerkennung der Derogationswirkung bei rügeloser Einlassung auf das erststaatliche Verfahren in Ehe- und Familiensachen	80
III. Kollisionsrechtliche Kontrolle	83
1. Kollisionsrechtliche Kontrolle im spanischen Recht	83
2. Die kollisionsrechtliche Kontrolle in der Rechtsprechung des Tribunal Supremo	85
IV. Keine Mißachtung von inländischer Rechtskraft und Rechtshängigkeit	88
1. Unvereinbarkeit der ausländischen mit einer rechtskräftigen inländischen Entscheidung	88
2. Entgegenstehende inländische Rechtshängigkeit	88
§ 7 Verfahren des Exequatur gemäß Art. 955-958 LEC	90
I. Ausschließliche Zuständigkeit des Tribunal Supremo	90
II. Verfahrensgrundsätze und Verfahrensablauf	92
1. Verfahrensgrundsätze	92

2. Verfahrensablauf	94
III. Prüfung der Anerkennungsvoraussetzungen und Beweislast	95
1. Die Beibringung von Staatsverträgen	95
2. Gegenseitigkeit	96
3. Internationale Zuständigkeit	96
4. Rechtskraft	97
5. Ordnungsgemäße Eröffnung des Verfahrens und ordre public	97
6. Formelle Ordnungsmäßigkeit der ausländischen Entscheidung	98
IV. Rechtsbehelfe	98
<b>Zweites Kapitel: Der deutsch-spanische Anerkennungs- und Vollstreckungsvertrag</b>	<b>101</b>
§ 8 Grundlagen	101
I. Entstehungsgeschichte des Vertrages	101
II. Struktur des Vertrages	102
III. Bedeutung des dt.-span. Vertrages aus spanischer Sicht	104
IV. Begriff und Wirkungen der Anerkennung im Rahmen des dt.-span. Vertrages	106
V. Teilanerkennung	106
§ 9 Anwendungsbereich	107
I. Sachlicher Anwendungsbereich	108
1. Zivil- und Handelssache	108
2. Entscheidungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit	109
3. Art der Gerichtsbarkeit	115
4. Anerkennungsfähige Entscheidungen	116
a. Gerichtsentscheidungen	116
b. Entscheidungen von Rechtspflegern	118
c. Kostenfestsetzungsbeschlüsse	119
d. Adhäsionsurteile	120
5. Gerichtliche Vergleiche und vollstreckbare öffentliche Urkunden	121
6. Ausgeschlossene Materien	122
a. Konkurs- und Vergleichssachen	123

b. Soziale Sicherheit	126
c. Atomhaftungssachen	126
d. Schiedsgerichtsbarkeit	127
e. Vorläufige Entscheidungen	128
II. Persönlicher Anwendungsbereich	130
III. Räumlicher Anwendungsbereich	131
IV. Zeitlicher Anwendungsbereich	132
§ 10 Anerkennungsvoraussetzungen	133
I. Allgemeines	133
1. Anerkennungsvoraussetzungen und Anerkennungshindernisse	133
2. Umfang der Überprüfung	134
II. Rechtskraft der Entscheidung	136
III. Internationale Zuständigkeit	137
1. Allgemeines	137
2. Ausschließliche Zuständigkeit	137
a. Ausschließliche Zuständigkeit der spanischen Gerichte	137
b. Ausschließliche Drittstaatszuständigkeit	138
IV. Die Anerkennungszuständigkeiten	139
1. Art. 7 dt.-span. Vertrag	139
2. Art. 8 dt.-span. Vertrag	140
a. Regelung in Ehesachen	141
aa. Die einzelnen Anknüpfungen	141
bb. Kritik	144
b. Regelung in Statussachen	148
c. Ergebnis	149
§ 11 Anerkennungshindernisse	150
I. Gerichtsbarkeit des Erststaates	150
II. Verstoß gegen den ordre public	151
III. Rechtshängigkeit eines Verfahrens im Zweitstaat	154
1. Begriff der Rechtshängigkeit	154
2. Beginn der Rechtshängigkeit nach spanischem Recht	157
IV. Widerspruch zu einer anderen rechtskräftigen Entscheidung	158



1. Unvereinbare Entscheidungen zwischen denselben Parteien	158
2. Zeitliche Reihenfolge der Entscheidungen	158
3. Rechtskräftige drittstaatliche Entscheidung	162
V. Schutz des säumigen Beklagten	163
1. Einlassung	164
2. Ordnungsgemäße und rechtzeitige Zustellung	166
a. Zustellung im deutsch-spanischen Rechtsverkehr	170
b. Ausreichende Einlassungsfrist	172
3. Widerlegung der Zugangsvermutung durch den Beklagten	173
VI. Kollisionsrechtliche Kontrolle	173
1. Regel-Ausnahme-Verhältnis	173
2. Vergleich zwischen deutschem und spanischem IPR	175
3. Kritik	178
VII. Zusammenfassung	179
§ 12 Verfahren der Anerkennung	181
I. Verfahrensart	181
II. Auswirkungen des Art. 10 dt.-span. Vertrag auf das autonome spanische Recht	185
III. Verfahrensgrundsätze	186
<b>Drittes Kapitel: Die Anerkennung nach multilateralen Übereinkommen</b>	189
§ 13 Das Europäische Gerichtsstands- und Vollstreckungsübereinkommen vom 27.9.1968	189
I. Hintergrund	190
1. Bedeutung des EuGVÜ für Spanien	190
2. Die Weiterentwicklung des europäischen Zivilprozeßrechts durch die Übereinkommen von Lugano und San Sebastián	193
3. Reform des Anerkennungsrechts de conventione ferenda?	195
II. Anwendungsbereich	199
1. Sachlicher Anwendungsbereich	199

2. Zeitlicher Anwendungsbereich des EuGVÜ im Verhältnis zwischen Deutschland und Spanien	199
3. Räumlicher Anwendungsbereich	201
III. Auswirkungen des EuGVÜ auf das spanische Anerkennungsrecht	202
1. Vorläufige Entscheidungen	202
2. Teilanerkennung	203
3. Voraussetzungen der Anerkennung	203
4. Anerkennungsverfahren	205
IV. Zusammenfassung	206
§ 14 Die Anerkennung von Unterhaltsentscheidungen	206
I. Bisherige Praxis der Anerkennung von Unterhaltsentscheidungen in Spanien	207
II. Grundzüge des Haager Unterhaltsvollstreckungsübereinkommens von 1973	210
III. Die Anerkennung von Annex-Unterhaltsentscheidungen im deutsch-spanischen Rechtsverkehr	214
IV. Zusammenfassung	215
§ 15 Die Anerkennung von Sorgerechtsentscheidungen	216
I. Das Haager Minderjährigenschutzabkommen	217
1. Anerkennungspflicht	217
2. Schranken der Anerkennungspflicht	218
II. Die sog. Kindesentführungsabkommen	220
1. Entstehung und Bedeutung	220
2. Unterschiedliche Regelungsschwerpunkte	221
III. Überblick über die Anwendung des Europäischen Sorgerechtsübereinkommens im deutsch-spanischen Verhältnis	222
1. Anwendungsbereich	223
2. Anerkennungsvoraussetzungen	224
3. Verfahren	226
IV. Die spanische Praxis	228
V. Ausblick	232

<b>Viertes Kapitel: Die Konkurrenz der Rechtsquellen</b>	<b>233</b>
§ 16 Das Verhältnis der Staatsverträge zueinander	233
I. Konventionenkonflikte	233
1. Problemstellung	233
2. Lösungswege	233
II. Dt.-span. Vertrag und EuGVÜ	234
1. Grundsatz	234
2. Abgrenzungsprobleme bei Unterhalts- und Kostenentscheidungen	235
III. Dt.-span. Vertrag und UVÜ 1973	237
IV. EuGVÜ und UVÜ 1973	238
V. ESÜ und MSA	240
VI. HKÜ und ESÜ	241
§ 17 Das Verhältnis der Staatsverträge zum autonomen Recht	243
I. Problemstellung	243
II. Dt.-span. Vertrag und autonomes Recht	245
1. Günstigkeitsprinzip	245
2. Grenzen des Günstigkeitsprinzips	246
a. Kombination von Anerkennungs voraus- setzungen des staatsvertraglichen und des autonomen Rechts	246
b. Kombination des vertraglichen Anerkennungsverfahrens mit autonomen Anerkennungsvorschriften	247
III. EuGVÜ und autonomes Recht	248
IV. UVÜ 1973 und autonomes Recht	249
V. MSA, Kindesentführungsabkommen und autonomes Recht	249
§ 18 Zusammenfassender Überblick über die Anerkennung deutscher Entscheidungen in Spanien	250
I. Scheidungsurteile	250
II. Unterhaltsentscheidungen	252

III. Sorgerechtsentscheidungen	253
IV. Andere statusrechtliche Entscheidungen	253
V. Vermögensrechtliche Entscheidungen	255
VI. Kostenentscheidungen	256
VII. Schiedssprüche	256
<b>Schlußbetrachtung</b>	257
<b>Literaturverzeichnis</b>	259
<b>Anhang</b>	275
A. Spanische Rechtsquellen zum Anerkennungsrecht	275
I. Constitución Española	275
1. Art. 24	
2. Art. 96	
II. Ley de Enjuiciamiento Civil	276
1. Art. 369	
2. Art. 600, 601	
3. Art. 951-958	
III. Ley Orgánica del Poder Judicial	280
1. Art. 21-25	
2. Art. 56 Nr. 4	
3. Art. 231	
IV. Código Civil	285
1. Art. 9	
2. Art. 12 Nr. 3, Nr. 6	
3. Art. 80	
4. Art. 107	
5. Erste und zweite Zusatzbestimmung zum Gesetz 30/1981	
V. Ley del Registro Civil, Art. 38 Nr. 4	291
VI. Reglamento del Registro Civil	292
1. Art. 83	
2. Art. 84	
3. Art. 265	
VII. Ley Hipotecaria, Art. 4	293

VIII. Reglamento Hipotecario, Art. 38	293
IX. Ley de Arbitraje, Art. 56-59	294
X. Anteproyecto-Cooperación	295
1. Art. 80-89	
2. Disposiciones Adicionales	
XI. Anteproyecto de Ley Concursal, Art. 393, 394	301
B. Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Spanien über die Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen und Vergleichen sowie vollstreckbaren öffentlichen Urkunden in Zivil- und Handels-sachen vom 14. November 1983 (Auszug)	303
<b>Sachregister</b>	317

## Abkürzungsverzeichnis

a.A.	andere Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Ort
ABl. EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
Abs.	Absatz
A.D.C.	Anuario de Derecho Civil
A.D.I.	Anuario de Derecho Internacional
a.E.	am Ende
a.F.	alte Fassung
ALC	Anteproyecto de Ley Concursal/Vorentwurf einer Konkursordnung
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
Anteproyecto-Cooperación	Anteproyecto de Ley Orgánica para la cooperación internacional de 5 de junio de 1989/Vorentwurf eines Organgesetzes für die internationale Zusammenarbeit vom 5.6.1989
AnwBl.	Anwaltsblatt
Aranzadi	Aranzadi, Repertorio de Jurisprudencia/Entscheidungssammlung
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz
Art.	Artikel
Aud.Prov.	Audiencia Provincial/entspr. Landgericht
Aud.Territ.	Audiencia Territorial/entspr. Oberlandesgericht
AuslProt.	Protokoll betreffend die Auslegung des EuGVÜ
AVAG	Gesetz zur Ausführung zwischenstaatlicher Anerkennungs- und Vollstreckungsverträge in Zivil- und Handelssachen vom 30.5.1988
AWD	Außenwirtschaftsdienst des Betriebs-Beraters
BB	Betriebs-Berater
BBl.	Bundesblatt der Schweizerischen Eidgenossenschaft
Beitrittsübk. 1978	Übereinkommen über den Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zum EuGVÜ vom 9.10.1978
Beitrittsübk. 1989	Übereinkommen über den Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zum EuGVÜ vom 26.5.1989
belg.	belgisch
Beschl.	Beschluß
betr.	betrifft, betreffend

BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
B.I.M.J.	Boletín de Información del Ministerio de Justicia
BOE	Boletín Oficial del Estado
Boll.Ist.Giur.Spagn.	Bolletino del Istituto Giuridico Spagnolo
bras.	brasilianisch
BR-Drucks.	Drucksache des Deutschen Bundesrates
brit.	britisch
BT-Drucks.	Drucksache des Deutschen Bundestages
CC	Código Civil
C.C.J.C.	Cuadernos "Civitas" de Jurisprudencia Civil
CE	Constitución Española
C.E.E.	Comunidad Económica Europea
C.L.J.C.	Colección Legislativa de España. Jurisprudencia Civil
Clunet	Journal du droit international
CSSR	(ehem.) Tschechoslowakische Sozialistische Republik
DAVorm.	Der Amtsvormund
DDR	(ehem.) Deutsche Demokratische Republik
D.G.R.N.	Dirección General de los Registros y del Notariado/oberste Registerbehörde
d.h.	das heißt
DIP	Derecho internacional privado
dt.	deutsch
dt.-span. Vertrag	Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Spanien über die Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen und Vergleichen sowie vollstreckbaren öffentlichen Urkunden in Zivil- und Handelssachen vom 14.11.1983
DtZ	Deutsch-Deutsche Rechtszeitschrift
EFTA	European Free Trade Association/europäische Freihandelszone
EG	Europäische Gemeinschaft
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
Einigungsvertrag	Staatsvertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands vom 31.8.1990
Einl.	Einleitung
Entsch.	Entscheidung
Ergänz.bd.	Ergänzungsband

ESÜ	Europäisches Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen über das Sorgerecht für Kinder und die Wiederherstellung des Sorgeverhältnisses vom 20.5.1980
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vom 25.3.1957
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
EuGVÜ	Europäisches Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 27.9.1968
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
f., ff.	folgend (e)
FamRÄndG	Familienrechtsänderungsgesetz
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
FGG	Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
frz.	französisch
FS	Festschrift, Festgabe
GBI.	Gesetzblatt
gem.	gemäß
G.J. de la C.E.E.	Gaceta Jurídica de la Comunidad Económica Europea
griech.	griechisch
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
Hdb.	Handbuch
h.M.	herrschende Meinung
HKÜ	Haager Übereinkommen über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung vom 25.10.1980
Hrsg., hrsg.	Herausgeber, herausgegeben
HS	Halbsatz
HVÜ	Haager Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Urteile in Zivil- und Handelssachen vom 1.2.1971
HZPÜ	Haager Übereinkommen über den Zivilprozeß vom 1.3.1954
HZustÜ	Haager Übereinkommen über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- und Handelssachen vom 15.11.1965
i.d.F.	in der Fassung
Inf.Jur.	Información Jurídica



Informaciones	Zeitschrift der Deutsch-Spanischen Juristenvereinigung e.V.
Int.Bus.Lawyer	International Business Lawyer
Int.Comp.L.Q.	The International and Comparative Law Quarterly
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
IPRG	IPR-Gesetz vom 18.12.1987 (Schweiz)
IPRNG	Gesetz zur Neuregelung des IPR
IPRspr.	Die deutsche Rechtsprechung auf dem Gebiete des Internationalen Privatrechts
israel.	israelisch
ISD	Internationaler Sozialdienst
i.S.v.	im Sinne von
ital.	italienisch
i.V.m.	in Verbindung mit
IWB	Internationale Wirtschaftsbriefe
IZPR	Internationales Zivilprozeßrecht
IZVR	Internationales Zivilverfahrensrecht
JBl.	Juristische Blätter
Jb. Praxis Schiedsger.	Jahrbuch für die Praxis der Schiedsgerichtsbarkeit
JO	Journal Officiel (de la République Française)
JR	Juristische Rundschau
J.trib.	Journal des tribunaux
JurBüro	Juristisches Büro
JuS	Juristische Schulung
Juzg.Prim.Inst.	Juzgado de Primera Instancia/erstinstanzl. Gericht
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
KJHG	Kinder- und Jugendhilfegesetz
KO	Konkursordnung
krit.	kritisch
Krit.VJSchr.	Kritische Vierteljahr(e)sschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft
La Ley	Revista jurídica española de doctrina, jurisprudencia y bibliografía La Ley
LEC	Ley de Enjuiciamiento Civil/span. Zivilprozeßordnung
LH	Ley Hipotecaria/span. Hypothekengesetz
lit., litt.	litera, literae
LOPJ	Ley Orgánica del Poder Judicial/span. Gerichtsverfassungsgesetz
LRC	Ley del Registro Civil/span. Gesetz über das Zivilregister

LugÜ	Lugano-Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 16.9.1988
m.a.W.	mit anderen Worten
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
m.E.	meines Erachtens
mex.	mexikanisch
MSA	Haager Minderjährigenschutzabkommen vom 5.10.1961
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
n.F.	neue Fassung
niederl.	niederländisch
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
norw.	norwegisch
Nr., Nrn.	Nummer, Nummern
núm.	número
österr.	österreichisch
P.J.	Poder Judicial
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
R.C.E.A.	Revista de la Corte Española de Arbitraje
Rec. des Cours	Recueil des Cours (Académie de Droit international)
R.E.D.I.	Revista Española de Derecho Internacional
Rev.arb.	Revue de l'arbitrage
Rev.crit.	Revue critique de droit international privé
Rev.Der.Priv.	Revista de Derecho privado
Rev.Der.proc.iber.	Revista de derecho procesal iberoamericana
Rev.dr.int.lég.	Revue de droit international et de législation comparée
Rev.Fac.Der. Univ.Complutense	Revista de la Facultad de Derecho de la Universidad Complutense
Rev.Inst.Barcelona	Revista del Instituto de Derecho Comparado de Barcelona
Rev.Instituc.Eur.	Revista de Instituciones Europeas
Rev.jur.Catal.	Revista jurídica de Cataluña
Rev.trim.dr.fam.	Revue trimestrielle de droit familial
Rev.Urug.Der.proc.	Revista Uruguaya de Derecho procesal
RG	Reichsgericht
R.G.D.	Revista General de Derecho
R.G.L.J.	Revista General de Legislación y Jurisprudencia
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen

RH	Reglamento Hipotecario/Dekret über die Regeln zur Ausführung des Hypothekengesetzes
Riv.dir.europeo	Rivista di diritto europeo
Riv.dir.int.	Rivista di diritto internazionale
Riv.dir.int.priv.proc.	Rivista di diritto internazionale privato e processuale
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft/Außenwirtschaftsdienst des Betriebs-Beraters
RPfG	Rechtspflegengesetz
RRC	Reglamento del Registro Civil/Dekret über die Regeln für das Zivilregister
Rs	Rechtssache
RuStAG	Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz
Rz.	Randzahl
s.	siehe
schweizer.	schweizerisch
Schw.Jb.Int.R.	Schweizerisches Jahrbuch für internationales Recht
Sem.jud.	La Semaine judiciaire
s.o.	siehe oben
sog.	sogenannt
span.	spanisch
StAZ	Das Standesamt
SZIER	Schweizerische Zeitschrift für internationales und europäisches Recht
T.C.	Tribunal Constitucional
Teils.	Teilsatz
T.S.	Tribunal Supremo
tunes.	tunesisch
u.a.	und andere
UN	United Nations
UNÜ	UN-Übereinkommen über die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen im Ausland vom 20.6.1956
Urt.	Urteil
UVÜ 1958	Haager Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen auf dem Gebiet der Unterhaltspflicht gegenüber Kindern vom 15.4.1958
UVÜ 1973	Haager Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung von Unterhaltsentscheidungen vom 2.10.1973
Verf.	Verfasser, Verfasserin
VerschG	Verschollenheitsgesetz
vgl.	vergleiche

Vorbem.	Vorbemerkung
WKS	Wiener UN-Konvention über die Staatennachfolge in Verträge von 1978
WKV	Wiener UN-Konvention über das Recht der Ver- träge vom 23.5.1969
WM	Wertpapiermitteilungen
WRV	Weimarer Reichsverfassung
z.B.	zum Beispiel
ZfJ	Zentralblatt für Jugendrecht [und Jugendwohlfahrt]
zit.	zitiert
ZPO	Zivilprozeßordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZSR	Zeitschrift für schweizerisches Recht, Neue Folge
zust.	zustimmend
z.T.	zum Teil
ZVglRWiss	Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozeß



## Einleitung

In der Verkündung eines Urteils manifestiert sich die Gerichtshoheit eines Staates. Das Urteil als Hoheitsakt kann grundsätzlich nur innerhalb der staatlichen Grenzen wirken. Aus der territorialen Souveränität eines jeden Staates folgt, daß er völkergewohnheitsrechtlich nicht verpflichtet ist, Gerichtsentscheidungen anderer Staaten anzuerkennen<sup>1</sup>. Daher läßt eine Reihe von Staaten die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen nur zu, sofern mit dem Staate der Herkunft der Entscheidung (Erststaat)<sup>2</sup> ein bi- oder multilateraler Staatsvertrag besteht<sup>3</sup>. Gibt es keine staatsvertragliche Vereinbarung, muß im Ausland noch einmal geklagt werden. Diese Situation widerspricht jedoch den Interessen der durch die Entscheidung begünstigten Partei und denjenigen des Erststaates an der Kontinuität des einmal erlassenen, formell gültigen Aktes<sup>4</sup>. Die Nichtanerkennung von Entscheidungen beeinträchtigt die internationale Rechtssicherheit und erschwert eine grenzüberschreitende Rechtsverfolgung, die ein wesentliches Ziel des Internationalen Zivilprozeßrechts bildet<sup>5</sup>. Aus der Zunahme der internationalen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen sowie der personenrechtlichen Verbindungen ergibt sich somit ein Bedürfnis nach Anerkennung im Ausland ergangener Entscheidungen<sup>6</sup>.

Im deutsch-spanischen Verhältnis bestehen vielfältige wirtschafts- und familienrechtliche Beziehungen. Der bilaterale Wirtschafts- und Handelsverkehr ist im vergangenen Jahrzehnt stetig gewachsen. Seit dem Beitritt Spaniens zur EG im Jahre 1986 hat sich diese Entwicklung noch intensiviert. Darüber hinaus haben der seit jeher starke Tourismus in Spanien und die in den sechziger Jahren einsetzende Migrations-

---

1 Nagel, ZZP 75 (1962) 435; Geimer/Schütze I/2 §§ 175-177.

2 Die folgenden Begriffe sollen einheitlich für die vorliegende Arbeit verwendet werden: *Erststaat* für den Staat, in dem das anzuerkennende Urteil erging, *Zweitstaat* für denjenigen, in dem die ausländische Entscheidung geltend gemacht wird. Vgl. zur Terminologie *Martiny* in Hdb. IZVR III/1 Kap. I Rz. 70.

3 Vgl. *Szászy* 533; *Nagel*, Durchsetzung 117.

4 Vgl. *Kropholler*, IPR § 60 I 3.

5 *Martiny* in Hdb. IZVR III/1 Kap. I Rz. 101.

6 Vgl. *Schack* Rz. 14.

bewegung spanischer Gastarbeiter nach Deutschland<sup>7</sup> die Eingehung gemischt-nationaler Ehen gefördert. Die aus den bilateralen Beziehungen im wirtschafts- und personenrechtlichen Bereich resultierenden vielfältigen Rechtsstreitigkeiten verdeutlichen das praktische Erfordernis der Anerkennung von Entscheidungen deutscher und spanischer Gerichte im jeweils anderen Staat und die Notwendigkeit der Zusammenarbeit auf internationaler Ebene.

Die Anerkennung deutscher Entscheidungen in Spanien galt lange Zeit als außerordentlich schwierig, die Vollstreckungsaussichten wurden als ungünstig eingestuft<sup>8</sup>. Teilweise wurde sogar davon gesprochen, daß es unmöglich sei, deutsche Entscheidungen in Spanien durchzusetzen<sup>9</sup>. Bis Ende der siebziger Jahre wurden etwa ausländische Ehescheidungs- oder Vaterschaftsfeststellungsurteile überhaupt nicht anerkannt, da beide Rechtsinstitute dem spanischen Recht unbekannt waren und die Anerkennung der ausländischen Entscheidung als Verstoß gegen den *ordre public* angesehen wurde. Daneben belastete eine teilweise widersprüchliche Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs (Tribunal Supremo), der nach spanischem Recht ausschließlich für die Anerkennung und Vollstreckbarerklärung ausländischer Entscheidungen zuständig ist, die Durchsetzung ausländischer Urteile mit einem erheblichen Unsicherheitsfaktor<sup>10</sup>.

Diese Rechtslage ist seit Beginn der Demokratisierung Spaniens im Jahre 1975<sup>11</sup> durch Ratifizierung verschiedener bi- und multilateraler Übereinkommen schrittweise verbessert worden. Für die Freizügigkeit von Entscheidungen im deutsch-spanischen Rechtsverkehr kommt dem am 18.4.1988 in Kraft getretenen deutsch-spanischen Anerkennungs- und Vollstreckungsvertrag vom 14.11.1983<sup>12</sup> eine herausragende Bedeutung zu. Ein weiterer wichtiger Schritt für die Erleichterung der Urteilsanerkennung auf europäischer Ebene ist der am 26.5.1989 in Donostia-San Sebastián - zusammen mit Portugal - erfolgte Beitritt

---

7 Vgl. zu den beiden letztgenannten Phänomenen *Bernecker* 132 ff.

8 So etwa *Werth*, RIW/AWD 1975, 331; *Bomhard*, RIW 1986, 960; vgl. dazu auch *Weigand* 73 f.

9 *Soler Padró/Leonhardt*, Schutzgemeinschaft für Auslandsgrundbesitz (1981/82) 70 f.

10 Ebenso *Reichmann*, Zivilgerichtsbarkeit II<sup>2</sup> 348 f.; *Geimer/Schütze* I/2 § 246 (Spanien); *Löber*, IPRax 1986, 285.

11 Vgl. hierzu *Bernecker* 206 ff.

12 BGBl. 1987 II 34, Bekanntmachung vom 28.1.1988 BGBl. 1988 II 207, Berichtigung BGBl. 1988 II 375; BOE Nr. 40 vom 16.2.1988, Berichtigung BOE Nr. 150 vom 23.6.1990; BOE Nr. 230 vom 24.9.1992.

Spaniens<sup>13</sup> zum Europäischen Gerichtsstands- und Vollstreckungsübereinkommen (EuGVÜ) vom 27.9.1968 und zu dessen Auslegungsprotokoll vom 3.6.1971<sup>14</sup>. Parallel zur Ratifikation völkerrechtlicher Anerkennungsverträge hat sich auch das spanische autonome Anerkennungsrecht liberalisiert. Zwar gibt es bis heute keine Novelle der weit über ein Jahrhundert alten Anerkennungs Vorschriften. Jedoch sah sich die Rechtsprechung seit den Reformen des materiellen spanischen Familienrechts sowie des Rechts der internationalen Zuständigkeit, insbesondere seit Inkrafttreten der spanischen Verfassung im Jahre 1978, veranlaßt, eine dem heutigen Recht angeglichene und verfassungskonforme Auslegung des Anerkennungsrechts vorzunehmen.

Die vorliegende Arbeit untersucht die Rechtslage, die sich gegenwärtig für die *Anerkennung* deutscher Entscheidungen in Spanien ergibt, wobei die zusätzlichen, lediglich formalen Voraussetzungen der *Vollstreckbarerklärung* überwiegend außer Betracht bleiben. Während im deutschen autonomen Recht ebenso wie in den meisten jüngeren Staatsverträgen klar zwischen der Anerkennung und der Vollstreckung, d.h. der Vollstreckbarerklärung ausländischer Entscheidungen<sup>15</sup>, unterschieden wird und sämtliche Urteilswirkungen der ausländischen Entscheidung außer der Vollstreckungswirkung ohne besonderes Verfahren ipso iure auf das Inland erstreckt werden<sup>16</sup>, kennt das spanische autonome Recht - wie im einzelnen gezeigt wird (unten §§ 2 I, 3 II-IV) - diese Trennung von Anerkennung und Vollstreckung nicht. Sowohl die Vollstreckungs- als auch die Rechtskraft- und Gestaltungswirkung können nur in einem förmlichen *Exequaturverfahren* geltend gemacht werden.

Ziel der vorliegenden Arbeit ist, eine systematische Darstellung der bedeutendsten im deutsch-spanischen Urteilsverkehr geltenden Rechtsgrundlagen zu geben. Gegenstand des ersten Kapitels ist zunächst eine

---

13 Der Text des Beitrittsübereinkommens von 1989 ist abgedruckt in ABl. EG Nr. L 285, 1-58 vom 3.10.1989; kodifizierte Fassung des EuGVÜ 1989 in ABl. EG Nr. C 189, 3-34 vom 28.7.1990. Das EuGVÜ 1989 ist für Spanien am 1.2.1991 in Kraft getreten, ABl. EG Nr. C 17, 2 vom 25.1.1991; BOE Nr. 24 vom 28.1.1991; die Bundesrepublik Deutschland hat es noch nicht ratifiziert, vgl. unten § 13 vor I.

14 BGBl. 1972 II 773, 1973 I 60; BGBl. 1972 II 846, 1975 II 1138, beide in der Fassung der Beitrittsübereinkommen von 1978 und 1982.

15 Zur Terminologie vgl. *Wolff* in Hdb. IZVR III/2 Kap. IV Rz. 9.

16 Vgl. *Riezler* 563; *Geimer*, Zur Prüfung 35 ff.; *Sonnenberger*, Zeitgenössische Fragen 214 f.; *Martiny* in Hdb. IZVR III/1 Kap. I Rz. 424; *Wolff* in Hdb. IZVR III/2 Kap. IV Rz. 11 ff.



Darstellung des autonomen spanischen Rechts unter Berücksichtigung seiner Geschichte vor und während der Franco-Ära, insbesondere aber seiner Entwicklung seit dem Übergang Spaniens zur Demokratie. Das zweite Kapitel beschäftigt sich ausführlich mit dem deutsch-spanischen Anerkennungs- und Vollstreckungsvertrag vom 14.11.1983. Im dritten Kapitel werden verschiedene multilaterale Übereinkommen untersucht, zunächst das EuGVÜ in der Fassung des Beitrittsübereinkommens mit Spanien und Portugal vom 26.5.1989. Sodann wird anhand verschiedener Beispiele aus der spanischen Rechtsprechung gezeigt, welche Anerkennungspraxis in Spanien für Unterhalts- und Sorgerechtsentscheidungen auf der Grundlage des Haager Unterhaltsvollstreckungsübereinkommens von 1973 und des Europäischen Sorgerechtsübereinkommens von 1980 besteht. Das vierte Kapitel der Arbeit widmet sich den Problemen, die regelmäßig bei der Konkurrenz mehrerer Rechtsquellen auftreten. Den Abschluß der Arbeit bildet ein zusammenfassender Überblick über die Rechtsgrundlagen, nach denen die wichtigsten Entscheidungen anerkannt werden.

# Erstes Kapitel: Das spanische autonome Recht

## § 1: Geschichtlicher Überblick

Das geltende spanische Anerkennungsrecht datiert von der Mitte des vorigen Jahrhunderts. Es gehört zu einer der frühen Kodifikationen von Anerkennungsrecht in den europäischen Rechtskreisen<sup>1</sup>. Eine einschneidende Reform dieser Normen hat bis heute nicht stattgefunden. Damit sind die für dieses Rechtsgebiet kennzeichnenden historischen Zusammenhänge auch noch aus heutiger Sicht von Interesse<sup>2</sup>.

### I. Mittelalter und frühe Neuzeit

Bis ins 19. Jahrhundert hinein gab es in Spanien keine Vorschriften, die sich mit der Anerkennung im Ausland ergangener Entscheidungen befaßten<sup>3</sup>. In einzelnen Kodifikationen des Spätmittelalters und der frühen Neuzeit, wie etwa im *Fuero Viejo de Castilla* von 1356<sup>4</sup> oder in den *Leyes de Toro* von 1505<sup>5</sup>, findet man indes Andeutungen, aus denen sich entnehmen läßt, daß ausschließlich solche Urteile vollstreckbar waren, welche von spanischen Richtern im Namen des Königs erlassen wurden<sup>6</sup>. Unter Berufung auf die Souveränität des Königs konnten ausländische Entscheidungen in Spanien nicht anerkannt werden, sondern stellten nur einen wichtigen Grund (*justa causa*) dar, um eine neue Klage vor den spanischen Gerichten zu erheben<sup>7</sup>. Die Auffassung der damaligen Zeit war geprägt von der Annahme, daß die Anerkennung der Wirkungen von ausländischen Entscheidungen

---

1 Vgl. dazu *Martiny* in Hdb. IZVR III/1 Kap. I Rz. 27-42.

2 So schon von *Rauchhaupt* Rz. 1.

3 *García Goyena* 169; *Asser*, Rev. dr. int. lég. 1 (1869) 91; *Montero Rios*, R.G.L.J. 49 (1876) 11; *Silvela*, Clunet 8 (1881) 20; *Sánchez Apellániz y Valderrama*, Inf. Jur. 1951, 864; *de Miguel y Alonso*, FS Fragistas II 168; *Remiro Brotons* 17 f., 23; *Manresa/Reus* 199.

4 Erläutert und abgedruckt bei *de San Martín* 223 ff., 257 ff.; dazu auch *Antequera* 144 ff.

5 Faksimileausgabe, Valladolid 1981. Dazu auch von *Rauchhaupt* Rz. 193 ff.

6 Vgl. *Moreau* 202; *Garat* 42.

7 *Remiro Brotons* 18 m.w.N.; *González Campos/Recondo Porrúa* 152; *Manresa/Reus* 199.

dazu führe, einem fremden Herrscher zu gehorchen, der den ausländischen Gerichten die Rechtsprechungsgewalt erteilt hatte. Dies komme aber praktisch einem Verlust der Souveränität gleich<sup>8</sup>.

## II. Neunzehntes Jahrhundert

Im Jahre 1849 findet sich in der Literatur erstmals der Hinweis darauf, daß die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen aufgrund von Erwägungen der »Zweckmäßigkeit und Bequemlichkeit für den Verkehr zwischen den Nationen« angezeigt sei und Vorrang vor einer strikten Territorialität genießen müsse, auch wenn es sich dabei strenggenommen um eine Verletzung der gerichtlichen Unabhängigkeit eines jeden Staates handele<sup>9</sup>. Der Diplomat *Riquelme* stellte in einer Monographie ein System von fünf Voraussetzungen auf<sup>10</sup>, das als unmittelbarer Wegbereiter des heutigen Art. 954 LEC betrachtet werden kann<sup>11</sup>. Die Wirkungen derjenigen Entscheidungen, die diese Grundvoraussetzungen erfüllten, sollten danach in allen fremden Ländern anerkannt werden<sup>12</sup>. Allerdings ging *Riquelme* noch davon aus, daß Entscheidungen über ausländischem Recht unterliegende Verpflichtungen voll einer *révision au fond* zugänglich seien<sup>13</sup>.

Eine erste ausdrückliche Erwähnung fand die Anerkennung ausländischer Entscheidungen in Spanien im Entwurf einer Privatrechtskodifikation aus dem Jahre 1851, der durch eine 1846 eingesetzte Kommission unter der Federführung von *García Goyena* ausgearbeitet wurde<sup>14</sup>. Art. 32 Abs. 2 des Entwurfs bestimmte, daß die Prinzipien des Vorrangs von Staatsverträgen und der Gegenseitigkeit, die in

---

8 So etwa *Manresa/Reus* 198; anders dagegen *Puente Egido* 952 m.w.N.: Die Anerkennung von Entscheidungen sei in Spanien während des Mittelalters und im Zeitalter der europäischen absolutistischen Monarchien noch nicht als eigenständiges Problem des internationalen Rechts erkannt worden.

9 *Riquelme* 412; später auch *Montero Rios*, R.G.L.J. 49 (1876) 19; so übrigens noch im Jahre 1961 der Tribunal Supremo, vgl. Beschl. des T.S. vom 16.10.1961, abgedruckt bei *Remiro Brotons* 398 ff.

10 Vgl. *Riquelme* 412 f.

11 So auch *González Campos/Recondo Porruá* 152; *González Campos/González Campos*, DIP I 383; *Calvo Caravaca* 130.

12 *Riquelme* 413.

13 *Riquelme* 413; *González Campos/González Campos*, DIP I 383, schreibt dies der herkömmlichen Auffassung der damaligen Zeit und dem Einfluß des französischen Rechtsdenkens auf das Werk von *Riquelme* zu.

14 Der Beginn der Gesetzgebungsarbeiten fand schon im Jahre 1843 statt, vgl. *Scholz* in Hdb. der Quellen III/1 498.

Art. 26 des Entwurfs in bezug auf die Rechtsstellung von Ausländern in Spanien niedergelegt waren<sup>15</sup>, auch für die Erfüllung ausländischer Urteile in Spanien zu beachten seien. Diese anerkennungsrechtliche Vorschrift war im ersten Titel des ersten Buches des Entwurfs enthalten, der die Überschrift »Über Spanier und Ausländer« trug und daneben die internationale Zuständigkeit und die Prozeßkostensicherheit regelte. In den Motiven zum Entwurf des Código Civil schrieb *García Goyena* 1852, daß sich die Vollstreckung von Entscheidungen in erster Linie nach völkerrechtlichen Abkommen und Spezialgesetzen richten solle. Erst subsidiär sei auf das Prinzip der Gegenseitigkeit zurückzugreifen. Die Durchführung der Vollstreckung bilde dagegen einen neuen Prozeß, der den spanischen Gesetzen unterliege<sup>16</sup>. Der Entwurf des Código Civil von *García Goyena* wurde indes nie Gesetz, da ihm ein vorherrschender französischer Einfluß zum Vorwurf gemacht wurde<sup>17</sup>.

Die erste gesetzliche Regelung der Anerkennung ausländischer Entscheidungen vor Erlass der ersten Zivilprozeßordnung im Jahre 1855 stellt der im Jahre 1851 - kurz nach der Veröffentlichung des Entwurfs des Código Civil - abgeschlossene Vertrag zwischen dem Königreich Spanien und dem Königreich Sardinien über die gegenseitige Erfüllung von Entscheidungen und Vergleichen vom 30.6.1851<sup>18</sup> dar. Der Vertrag bestand nur aus acht Artikeln; die Zuständigkeit für die Vollstreckbarerklärung war nach Art. 3 des span.-sardischen Vertrages dem obersten Gericht desjenigen Gerichtsbezirks zugewiesen, in dem die Vollstreckung stattfinden sollte<sup>19</sup>. Art. 3 Nr. 1-3 des Vertrages enthielt einige wenige Anerkennungshindernisse. So wurde eine Entscheidung nicht für vollstreckbar erklärt, wenn sie »an offen-

---

15 Art. 26 des Entwurfs lautete: »Die Ausländer genießen in Spanien dieselben zivilen Rechte, welche in ihrem Land die Spanier genießen, vorbehaltlich dessen, was durch Verträge und Spezialgesetze geregelt ist oder noch geregelt wird«, vgl. bei *García Goyena* 18.

16 *García Goyena* 20 f.

17 *Remiro Brotons* 25; vgl. auch von *Rauchhaupt* Rz. 320.

18 Text des Vertrages bei *Manresa/Reus* 204; dieser Vertrag wurde nach der nationalen Einigung Italiens im Jahre 1861 auf ganz Italien ausgedehnt, vgl. Beschl. des T.S. vom 2.10.1880, zitiert bei *Manresa y Navarro*, R.G.L.J. 94 (1899) 146 m.w.N.; *Covián*, R.G.L.J. 104 (1904) 191 (Note 3); *Jellinek* 55 (Note 6); *Remiro Brotons* 47 (Note 32 m.w.N.); er wurde erst durch den span.-ital. Rechtshilfe-, Anerkennungs- und Vollstreckungsvertrag vom 22.5.1973 (vgl. BOE Nr. 273 vom 27.7.1977) gemäß dessen Art. 26 ersetzt.

19 Vgl. dazu *Manresa y Navarro*, R.G.L.J. 94 (1899) 146 ff.; *Covián*, R.G.L.J. 104 (1904) 190 ff.

kundiger Ungerechtigkeit litt« (Art. 3 Nr. 1), »aufgrund fehlender Zuständigkeit, fehlender Ladung oder fehlendem richterlichen Beschluß nichtig war« (Art. 3 Nr. 2) und wenn sie »gegen die Verbots-gesetze des ersuchten Staates verstieß« (Art. 3 Nr. 3). Auffällig an diesem Katalog von Anerkennungshindernissen war vor allem die Bedingung der internationalen Zuständigkeit der Gerichte des Erststaates<sup>20</sup> sowie das Fehlen einer den zweitstaatlichen Gerichten eingeräumten Befugnis zur *révision au fond*, weshalb überwiegend angenommen wird, daß das Abkommen die damalige *italienische* Praxis und Lehre widerspiegelte und von französischen Vorbildern Abstand genommen hatte<sup>21</sup>. Wie sich zeigen wird (unten § 6 II 1 a), blieb der Einfluß des span.-sardischen Vertrages von 1851 auf die spätere Regelung des autonomen spanischen Anerkennungsrechts jedoch gering.

### III. Die Ley de Enjuiciamiento Civil von 1855

Am 5. Oktober 1855 wurde die erste spanische Zivilprozeßordnung erlassen, die nach *Remiro Brotons* »die Frucht der reformerischen Bemühungen darstellte, welche fortschrittliche Minderheiten in Spanien angeregt hatten«<sup>22</sup>.

Das Recht der Anerkennung ausländischer Entscheidungen wurde in den Art. 922-929 LEC von 1855 geregelt. Wie aus den von *Gómez de la Serna* verfaßten Motiven zur LEC hervorgeht, mußte diesbezüglich ein völliger »Neubau« errichtet werden<sup>23</sup>.

Nach diesen Vorschriften ist die Anerkennung auf drei selbständigen, hierarchisch aufgebauten Ebenen zu prüfen. Die einzelnen Ebenen stellen jeweils in sich geschlossene Anerkennungssysteme dar (vgl. im einzelnen unten § 5). Auf der ersten Stufe sind die völkerrechtlichen Verträge anzuwenden, welche die Anerkennung von Entscheidungen für den betreffenden Fall regeln (Art. 922 LEC von 1855). Bei deren Fehlen kommt das Prinzip der Gegenseitigkeit zur Geltung (Art. 923 f.

---

20 Darauf weist *Calvo Caravaca* 130 hin.

21 Vgl. *Puente Egido* 952.

22 *Remiro Brotons* 23; vgl. auch die zeitgenössischen Stellungnahmen zur LEC von 1855 in: *Ministerio de Justicia* (Hrsg.), *Crónica* 76 f.

23 *Gómez de la Serna* 168.

LEC von 1855)<sup>24</sup>. Subsidiär zu diesen beiden Anerkennungssystemen kommt das sogenannte »dritte Anerkennungssystem« zur Anwendung, das eine Reihe allgemeiner Anerkennungsvoraussetzungen aufstellt, die als bloße Auffangtatbestände konzipiert wurden<sup>25</sup>. Nach Art. 925 Nr. 1 LEC muß die ausländische Entscheidung aufgrund eines persönlichen Anpruchs ergangen sein. Art. 925 Nr. 2 LEC versagt denjenigen Entscheidungen die Anerkennung, die in Säumnis des Beklagten ergangen sind. Art. 925 Nr. 3 LEC enthält eine Regelung in bezug auf den *ordre public* und Art. 925 Nr. 4 LEC betrifft Fragen der formellen Ordnungsmäßigkeit der ausländischen Entscheidung. Das oberste Gericht (Tribunal Supremo) besitzt die ausschließliche Zuständigkeit für die Erteilung des Exequatur, eine *révision au fond* der ausländischen Entscheidung wird nach den Art. 922-929 LEC nicht durchgeführt<sup>26</sup>.

Das Gesetz von 1855 wurde von Zeitgenossen als eines der liberalsten Gesetze seiner Zeit betrachtet<sup>27</sup>. So wurde vor allem die Tatsache herausgestellt, daß die Vorschriften für die Erteilung des Exequatur keine Unterschiede zwischen In- und Ausländern vorsahen<sup>28</sup>. In der großen Reform der Zivilprozeßordnung vom Jahre 1881 wurden die Art. 922-929 LEC fast unverändert als Art. 951-958 LEC (Anh. A II 3) übernommen, da der Gesetzgeber, wie *Reus* bemerkte, offenbar keine Notwendigkeit sah, das Bestehende weiter fortzuschreiben<sup>29</sup>. Die marginalen Änderungen bestanden nur in der Hinzufügung und Strei-

---

24 Bei diesem »ersten« und »zweiten« Anerkennungssystem ist der Einfluß der Art. 26 und 32 Abs. 2 des Entwurfs von *García Goyena* unverkennbar.

25 Von *Remiro Brotons* 37, 113 ff., wird das dritte Anerkennungssystem zutreffend auch »System der unabhängigen internen Kontrolle« genannt.

26 Vgl. *Sánchez Apellániz y Valderrama*, Inf. Jur. 1951, 639; *Remiro Brotons* 192; *Puente Egido* 952.

27 Vgl. *Seijas Lozano*, R.G.L.J. 16 (1860) 303: »...es la ley más amplia, más espesa, más llena de detalles que se ha publicado en nación alguna...«.

28 *Reus* 721. Eine Unterscheidung zwischen der Vollstreckung gegen In- und Ausländer fand sich zu dieser Zeit in der Gesetzgebung vieler deutscher Staaten, vgl. dazu *Graupner*, FS Ferid (1978) 186; *Martiny* in Hdb. IZVR III/1 Kap. I Rz. 34 ff. Sie fand auch Eingang in § 661 Abs. 2 Nr. 4 ZPO von 1877 sowie in § 328 Abs. 1 Nr. 2 und Nr. 3 ZPO a.F.

29 *Reus* 718; kritisch dazu *Silvela*, *Clunet* 8 (1881) 20: »...malgré le caractère général de la loi qui a consacré cette réforme en Espagne, elle est loin de répondre, dans la pratique, aux progrès constants du droit international privé et aux rapports qui existent entre les nations modernes...«.

chung einzelner Worte in zwei Artikeln<sup>30</sup>. Das heutige autonome Recht datiert damit von der Mitte des 19. Jahrhunderts<sup>31</sup>.

#### IV. Entwicklung und Reformvorhaben

Durch die bloße Übernahme des ursprünglichen Gesetzestextes in der Reform der LEC von 1881 und aufgrund des Fehlens jeder weiteren Reform der Art. 951-958 LEC<sup>32</sup> blieb Spanien von der Entwicklung des Anerkennungsrechts unberührt, die in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung und in der Rechtsprechung seit Mitte des 19. Jahrhunderts stattgefunden hatte<sup>33</sup>. Allgemein wurde dem Anerkennungsrecht in Spanien von Lehre und Praxis wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Dies ist auf mehrere Ursachen zurückzuführen. Zunächst hat die fehlende Veröffentlichung der spanischen Exequatursentscheidungen eine Belebung der Diskussion in der Rechtswissenschaft behindert<sup>34</sup> und in der Vergangenheit etwa die Herausbildung einer ständigen Rechtsprechung unmöglich gemacht<sup>35</sup>. Daneben ist die vom Gesetzgeber im 19. Jahrhundert beabsichtigte Vorrangstellung der völkerrechtlichen Verträge ins Leere gelaufen, da eine konsequente Vertragspolitik in Spanien bis Ende der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts nicht verfolgt wurde<sup>36</sup>. Die Idee eines vorherrschenden, den besonderen Bedürfnissen des bilateralen Rechtsverkehrs oder speziellen

---

30 *Remiro Brotons* 37 (Note 1). Die Intention des Gesetzgebers bei der Änderung der beiden Artikel war eine »Klärung und Präzisierung der ihnen innewohnenden Ideen«, vgl. *Reus* 722.

31 *Remiro Brotons* 27; *González Campos/Recondo Porrúa* 153.

32 Das Gesetz 34/1984 über die Reform der spanischen ZPO ließ die Art. 951 ff. unberührt; zu dieser Reform *Fröhlingdorf*, *RIW* 1984, 44 f. Die Reform des Gerichtsverfassungsgesetzes (LOPJ) im Jahre 1985 brachte nur eine umfassende Neuregelung der spanischen internationalen Entscheidungszuständigkeit, die das autonome Recht dem europäischen Zivilprozeßrecht (EuGVÜ) anglich (unten § 13 I 1). Das »Anteproyecto de Reforma de la LEC« von 1986 sieht nur eine marginale Änderung des Art. 953 LEC vor, vgl. in *Ministerio de Justicia* (Hrsg.), *Anteproyectos* 65.

33 *González Campos/Recondo Porrúa* 153.

34 Vgl. dazu *Acosta Estévez* 61; *Garau Sobrino* 32.

35 *Remiro Brotons* hat als erster die Aufgabe übernommen, die Entscheidungen des Tribunal Supremo zu sammeln und zu systematisieren, vgl. den Textanhang bei *Remiro Brotons* 317 ff. Heute werden die wichtigsten der von der Redaktion der Zeitschrift R.E.D.I. inoffiziell gesammelten Exequaturbeschlüsse des Tribunal Supremo zweimal jährlich in dieser Zeitschrift veröffentlicht.

36 *Remiro Brotons* 48 ff. Bis heute (Stand: Januar 1993) sind nur im Verhältnis zu elf Staaten bilaterale Verträge in Kraft (unten § 5 II).

## Sachregister

- Adhäsionsurteile** 37, 120 f.
- Adhäsionsverfahren in Spanien**
  - 120 f.
- Adoption**
  - Adoptionsstatut 176 ff.
  - Einbeziehung von Entscheidungen in den dt.-span. Vertrag 113
- Anerkennung**
  - automatische 161, 181, 205
  - Begriff 12 f., 106
  - Einfluß der spanischen Verfassung 21, 61, 63 f., 98 ff.
  - Interessen der Parteien 1, 187
  - Interessen des Staates 71, 187
  - inzidente 19 f., 25, 161, 181, 205
  - materiellrechtliche 40
  - Teilerkennung 16, 106, 203
  - und Vollstreckung 3, 103
  - Zeitpunkt der Anerkennung 15
- Anerkennungsfähige Entscheidungen**
  - Adhäsionsurteile 37, 120 f.
  - arbeitsrechtliche Entscheidungen 37, 115 f.
  - Atomhaftungssachen 126 f.
  - einstweilige Maßnahmen 47 ff., 128 ff., 202 f., 211 f.
  - Exequatursentscheidungen 44, 116
  - fiskalische Entscheidungen 37, 115
  - freiwillige Gerichtsbarkeit 38 ff., 109 ff.
  - kirchliche Gerichte 41 ff., 117 f.
  - Konkursachen 46 f., 123 ff.
  - Kostenentscheidungen 119 ff., 256
  - Prozeßurteile 37, 116
  - Prozeßvergleiche 116, 121 f.
  - Qualifikation 37
  - Rechtspfleger 118 ff.
  - Scheidungsurteile 250 ff.
  - Schiedssprüche 43 ff., 127 f., 256
  - Sorgerechtsentscheidungen 216 ff., 253
  - soziale Sicherheit 126
  - staatliche Gerichte 117
  - Statussachen 253 ff.
  - Unterhaltsentscheidungen 206 ff., 252 f.
  - Abänderungsentscheidungen 211
  - Annex-Unterhaltsentscheidungen 214 f.
  - vermögensrechtliche Entscheidungen 137, 255
  - Versäumnisurteile 58 ff., 132, 136, 163 ff., 225
  - verwaltungsrechtliche Entscheidungen 37, 115, 118, 211 f.
  - vollstreckbare öffentliche Urkunden 121 f.
  - vorläufig vollstreckbare Entscheidungen 128 ff., 202 f., 211 f.
  - Zivil- und Handelssachen 36 f., 108 f., 199
- Anerkennungsfeststellungsverfahren** 161, 182, 205
- Anerkennungshindernisse und Anerkennungsvoraussetzungen** 57 ff., 133 ff., 150 ff., 203 ff., 211 ff., 224 ff.
  - entgegenstehende Rechtshängigkeit 88 f., 154 ff.
  - formelle Ordnungsmäßigkeit 64 f.
  - Gerichtsbarkeit des Erststaats 66, 150 f.
  - internationale Zuständigkeit 67 ff., 137 ff., 204 f., 213, 225
  - kollisionsrechtliche Kontrolle 83 ff., 173 ff., 197 ff., 214
  - Kombination von Anerkennungsvoraussetzungen
    - mit staatsvertraglichem Anerkennungsverfahren 247 f.
    - von EuGVÜ und UVÜ 1973 239 f.
    - von Staatsvertrag und autonomem Recht 246 f.
  - Ordnungsgemäße Eröffnung des Verfahrens 58 ff., 163 ff., 203, 213, 225
  - persönlicher Anspruch 57 f.
  - Prüfung im Anerkennungsverfahren 95 ff., 187



- Rechtskraft 47 ff., 136
- Unvereinbarkeit von Entscheidungen 88, 158 ff., 203 f., 213 f., 225 f.
- Verstoß gegen den *ordre public* 61 ff., 151 ff., 195 ff., 203, 213
- Anerkennungspflicht** 160, 217 f., 245
- Anerkennungssysteme, spanische** 8, 50 ff.
  - Hierarchie 50 f.
  - staatsvertragliches Anerkennungssystem 8, 53
  - System der Gegenseitigkeit 8, 55 ff.
  - System der unabhängigen internen Kontrolle 9, 57 ff.
- Anerkennungsverfahren**
  - im dt.-span. Vertrag 181 ff.
    - Auswirkungen auf das spanische autonome Recht 185 ff.
    - Beibringung von Nachweisen 187
    - besonderes vereinfachtes in Ehe- und Familiensachen 184 f.
    - Präklusion neuer Tatsachen 135
    - Prüfung von Amts wegen 187
    - Verfahrensgrundsätze 186 f.
  - im EuGVÜ 205
  - im Europäischen Sorgerechtsübereinkommen 226 f.
  - im UVÜ 1973 214
  - Kombination von Staatsvertrag mit autonomem Recht 247 f.
- Anerkennungszuständigkeit**
  - im dt.-span. Vertrag 137 ff.
    - Beachtung der Zuständigkeit von Drittstaaten 138
    - Bindung an die tatsächlichen Feststellungen 135 f.
    - Ehesachen 140 ff.
    - Nachlaßsachen 139 f.
    - Prüfung im Anerkennungsverfahren 187
    - Statussachen 148 ff.
    - vermögensrechtliche Entscheidungen 139
  - im EuGVÜ 204 f.
  - im Europäischen Sorgerechtsübereinkommen 225
  - im spanischen autonomen Recht 58, 67 ff.
  - im UVÜ 1973 213
- als eigenständige Anerkennungsvoraussetzung 67 ff.
- Methode der Prüfung 71
- Prüfung im Exequaturverfahren 96 f.
  - Zwecke der Prüfung 69 ff.
- Anhängigkeit** 155
- Arbeitsrechtliche Streitigkeiten** 37, 115
- Ausführungsgesetz für Staatsverträge**
  - AVAG 183
  - Sorgerechtsübereinkommen 242
  - spanischer Vorentwurf 11, 105, 182 ff., 192, 227
- Befolgsregeln** 103, 204
- Beibringungsgrundsatz** 95 ff., 187
- Beitritt Spaniens zur EG** 1, 190 f.
- Betreuung**
  - Bestimmung des anwendbaren Rechts 176
  - Einbeziehung von Entscheidungen in den dt.-span. Vertrag 114
- Beurteilungsregeln** 103
- Beweislast** 95 ff., 186 f.
- Bilateralisierung** 72 ff.
- Bindung an die tatsächlichen Feststellungen des Erstgerichts** 135 f., 205
- convention double** 204
- convention simple** 103, 213
- DDR, Erlöschen des Vertrages mit Spanien** 54
- Delibationsverfahren in Italien** 14, 22
- Derogation der spanischen Gerichte in Ehe- und Familiensachen**
  - im Erkenntnisverfahren 81
  - im Exequaturverfahren 81 f.
- Dispositionsmaxime** 94
- Doppelexequatur** 44, 116
- Dt.-span. Anerkennungs- und Vollstreckungsvertrag**
  - Anerkennungshindernisse 150 ff.
  - Anerkennungsverfahren 181 ff.
  - Anerkennungsvoraussetzungen 133 ff.
  - Anwendungsbereich 107 ff.
    - ausgeschlossene Materien 122 ff.
    - persönlicher 130 f.
    - räumlicher 131 f.

- sachlicher 108 ff.
- zeitlicher 132 f.
- Bedeutung für Spanien 104 ff.
- Entstehungsgeschichte 101 f.
- Erleichterung für deutsche Gläubiger 105
- Struktur 102
- Verhältnis zum autonomen Recht 245 ff.
- Verhältnis zum EuGVÜ 234 ff.
- Verhältnis zum UVÜ 1973 237 f.

**Ehegüterstatut 175****Ehelichkeitsanfechtung**

- Anerkennung im spanischen autonomen Recht 28
  - Prüfung der Anerkennungszuständigkeit 75 ff.
- Bestimmung des anwendbaren Rechts 176 f.
- Einbeziehung von Entscheidungen in den dt.-span. Vertrag 113

**Ehesachen**

- Anerkennungszuständigkeit 73 ff., 140 ff.
- Derogation 80 ff.

**Ehescheidung s. Scheidungsurteile****Ehewirkungsstatut 175****Eigentumsregister, spanisches**

- Eintragung ausländischer Entscheidungen 26

**Einlassung**

- anerkennungsrechtlicher Begriff 164 ff.
- ausreichende Einlassungsfrist 172
- rügelose in Ehe- und Familiensachen 81 ff.

**Einstweilige Maßnahmen im spanischen Recht 47 ff.**

- Arten 49
- internationale Zuständigkeit für den Erlaß 49

**Einwendungen**

- Geltendmachung im Exequaturverfahren 92

**Entscheidungseinklang, internationaler 161, 215****Entscheidungszuständigkeit, internationale**

- der deutschen Gerichte 144 ff.
- der spanischen Gerichte 58, 69, 144 ff., 191 f.
- ausschließliche 58, 137

**Eröffnung des Verfahrens, ordnungsgemäße 58 ff., 163 ff., 203, 213**

- Prüfung im Exequaturverfahren 97 f., 186 f.

**Europäisches Gerichtsstands- und Vollstreckungsübereinkommen von 1968 189 ff.**

- Anerkennungsverfahren 205
- Anerkennungsvoraussetzungen 203 ff.
- Anwendungsbereich 199 ff.
  - ausgeschlossene Materien 199
  - räumlicher 201 f.
  - sachlicher 199
  - zeitlicher 199 ff.
- Bedeutung für Spanien 190 ff.
- Einflüsse auf das spanische autonome Recht 190
- Einfluß des Lugano-Übereinkommens 193 ff.
- Ersetzung des dt.-span. Vertrages 234 f.
- Keine Prüfung der internationalen Zuständigkeit 201, 204 f.
- Ratifikationsstand 189
- Reform de conventionne ferenda 195 ff.
- Teilanerkennung 203
- Verhältnis zum autonomen Recht 198 f., 248 f.
- Verhältnis zum dt.-span. Vertrag 234 ff.
- Verhältnis zum UVÜ 1973 238 ff.
- Weiterentwicklung 193 ff.

**Europäisches Sorgerechtsübereinkommen von 1980 114, 120 ff.**

- Anerkennungsverfahren 226 f.
- Anerkennungsvoraussetzungen 224 ff.
- Anerkennungszuständigkeit 225
- Anwendungsbereich 223
- klassisches Anerkennungsübereinkommen 222
- Verhältnis zum autonomen Recht 249 f.
- Verhältnis zum Haager Kindesentführungsübereinkommen 241 f.
- Verhältnis zum Haager Minderjährigenschutzabkommen 240 f.

**Exequaturverfahren 12, 90 ff., 214, 227**

- Antragsbefugnis 92 f.
- Anwaltszwang 93

- Beibringungsgrundsatz 95 ff.
- Beteiligung der Staatsanwaltschaft 43, 71, 93, 209
- Beweislastverteilung 95 ff.
- Dispositionsmaxime 94
- Einwendungen 92
- im französischen Recht 22
- im italienischen Recht 14, 22
- im portugiesischen Recht 22
- Notwendigkeit 12 f., 18 ff., 25, 42, 185 f., 229 f.
- Prüfung von Amts wegen 95 ff.
- Rechtsbehelfe 98 ff.
- Verfahrensablauf 94 ff.
- Verfahrensgrundsätze 92 ff.
- Exorbitante Zuständigkeit, s. Gerichtsstand**
  
- forum shopping** 225
- Freiwillige Gerichtsbarkeit** 38 ff., 109 ff.
  - Abänderbarkeit von Entscheidungen 112 ff.
  - echte Streitverfahren 109 f.
  - einseitige Verfahren 110 f.
  - formelle Rechtskraft 111 f.
  
- Garantieprinzip** 243
- Gegenseitigkeit**
  - positive und negative 55
  - Prüfung im Exequaturverfahren 96
  - Verbürgung der Gegenseitigkeit mit Spanien 57
- Generalkonsulate, spanische in der Bundesrepublik** 186
- Genfer Europäisches Übereinkommen über die internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit von 1961** 44
- Gerichtbarkeit des Erststaates** 66, 150 f.
- Gerichtsstand, exorbitanter** 70, 77, 192
- Geschichte des spanischen autonomen Rechts** 5 ff.
  - Einfluß des französischen Rechts 7
  - Einfluß des italienischen Rechts 8
  - Entwicklung 10
  - Mittelalter und frühe Neuzeit 5 f.
  - Privatrechtskodifikation von 1851 6
  - Reform 11 f.
- Zivilprozeßordnung von 1855 8 ff.
- Gestaltungswirkung** 22 ff., 106
- Gleichlauf von Zuständigkeit und anwendbarem Recht** 77, 85 ff., 178 f.
- Grundsatz des rechtlichen Gehörs** 60, 163 ff.
- Günstigkeitsprinzip** 244 ff.,
  - Grenzen 246 ff.
  - Keine Verpflichtung zur Versagung der Anerkennung 245
  
- Haager Kindesentführungsübereinkommen von 1980** 219 ff.
  - entformalisiertes Schnellverfahren 221
  - Verhältnis zum autonomen Recht 249 f.
  - Verhältnis zum Europäischen Sorgerechtsübereinkommen 241 f.
- Haager Minderjährigenschutzabkommen von 1961** 114, 217 ff.
  - Anerkennungspflicht 217 f.
  - Schranken der Anerkennungspflicht 218 ff.
  - Schutzmaßnahmen 217
  - Verhältnis zum autonomen Recht 249
  - Verhältnis zum Europäischen Sorgerechtsübereinkommen 240 f.
- Haager Unterhaltsübereinkommen von 1958** 206, 208
- Haager Unterhaltsübereinkommen von 1973** 206, 208 ff.
  - Anerkennungshindernisse 213 f.
  - Anerkennungsvoraussetzungen 211 ff.
  - Anwendungsbereich 211
  - Verhältnis zum autonomen Recht 249
  - Verhältnis zum dt.-span. Vertrag 237 f.
  - Verhältnis zum EuGVÜ 238 ff.
- Haager Vollstreckungsübereinkommen von 1971** 102
- Haager Zivilprozeßübereinkommen von 1954** 120, 236 f., 256
- Haager Zustellungsübereinkommen von 1965** 170 ff.
  
- Intervention Dritter in ein Verfahren, Spanien** 30 f.
- Interventionswirkung** 30, 106

**IPR als Anerkennungshindernis**

83 ff., 173 ff., 197 ff., 204, 214  
iura novit curia 95

**Kindesentführungen im dt.-span.**

**Rechtsverkehr** 220 ff.

— spanische Anerkennungspraxis  
228 ff.

**Kindesentführungsabkommen**

220 ff.

— Anwendungsdefizit in Spanien  
228 ff.

— Entstehung und Bedeutung 220 f.

— Regelungsschwerpunkte 221 f.

— Zentrale Behörden 222

**Kindeswohl** 114, 226**Kindschaftssachen**

— Einbeziehung von Entscheidungen  
in den dt.-span. Vertrag 114

— Prüfung der Anerkennungszustän-  
digkeit 75 ff., 140 ff.

**Konkordatsvertrag zwischen Span-  
nien und dem Heiligen Stuhl** 42**Konkursordnung, spanische  
(Entwurf)** 46 f.**Konkurssachen** 46 f., 123 ff.**Kontrolle, kollisionsrechtliche**

83 ff., 173 ff., 197 ff., 204, 214

— Bedeutungsverlust 198

— Kritik 84 f., 178 f., 195 ff.

— théorie de l'équivalence 174 f.

— Vergleich zwischen deutschem und  
spanischem IPR 175 ff.

**Konventionenkonflikte** 233 ff.

— Lösung nach völkerrechtlichen  
Grundsätzen 234 f.

**Kostenentscheidungen** 119 ff., 256

— Abgrenzungsprobleme zwischen  
dt.-span. Vertrag und EuGVÜ  
235 ff.

**legal kidnapping** 219, 226**Legalisation**

— Befreiung im dt.-span. Vertrag  
187

— Notwendigkeit im spanischen  
autonomen Recht 64 f.

**Legitimation**

— Anerkennung im spanischen auto-  
nomen Recht 41

— Bestimmung des anwendbaren  
Rechts 176 f.

— Einbeziehung von Entscheidungen  
in den dt.-span. Vertrag 113

**Leistungsklage**

— anstelle eines Exequaturverfahrens  
208 ff.

**lex posterior derogat legi priori** 234

**Litispizienz**, s. Rechthängigkeit

**Lugano-Übereinkommen von 1988**

193 ff.

— Einfluß auf das EuGVÜ 193 ff.

— Entstehungsgeschichte 193

— Ratifikationsstand 193

**Mahnverfahren im Verhältnis zu  
Spanien** 119**Nachlaßsachen**

— Anerkennungszuständigkeit 139 f.

— Einbeziehung von Entscheidungen  
in den dt.-span. Vertrag 113

— Erbstatut, Bestimmung des  
anwendbaren Rechts 175

**New Yorker UN-Übereinkommen  
über die Anerkennung und Voll-  
streckung ausländischer Schieds-  
sprüche von 1958** 44**Nichtanerkennung** 1

**Nichtigerklärung einer kanonisch  
geschlossenen Ehe** 42

**non liquet** 187

**Ordnungsmäßigkeit der ausländi-  
schen Entscheidung, formelle**

64 f.

— Prüfung im Exequaturverfahren  
98

**ordre public**

— abgeschwächte Wirkung 62, 153

— Abschaffung im Rahmen des  
EuGVÜ 195 ff.

— als Grenze der Wirkungserstrek-  
kung 15

— bei der Anerkennung von Ehe-  
scheidungen 23

— Inhalt 62, 152, 195 ff.

— kollisionsrechtliche Dimension 84

— materiellrechtlicher 153

— Prüfung im Exequaturverfahren  
97 f.

— verfahrensrechtlicher 153

— verfassungsrechtlicher 64

— Verstoß gegen den 41, 51, 61 ff.,  
151 ff.

**Parallelübereinkommen**, s. Lugano-  
Übereinkommen

**Pflegschaft**

- Bestimmung des anwendbaren Rechts 176
- Einbeziehung von Entscheidungen in den dt.-span. Vertrag 114
- Präklusionswirkung** 29, 106
- Prozeßurteile** 37, 116
- Prozeßvergleiche** 116, 121 f.

**Qualifikation**

- alternative 109, 164
- autonome 199
- Doppelqualifikation 109, 164
- nach der *lex causae* 108
- nach erststaatlichem Recht 108
- nach zweitstaatlichem Recht 155, 158

**rattachement-Regel** 78 ff.**Rechtsbehelfe**

- EuGVÜ 205
- im Exequaturverfahren 98 ff.
- Pflicht zur Einlegung im Erststaat 169 f.

**Rechtshängigkeit**

- als Anerkennungshindernis 88 f., 154 ff., 213
- Beachtung 89, 154, 203 ff.
- Beginn im spanischen Recht 157 f.

**Rechtshilfe, internationale** 209, 221**Rechtskraft**

- als Anerkennungshindernis 88, 158 ff., 203 f., 213, 225 f.
  - drittstaatliche Entscheidung 162
  - Qualifikation der Unvereinbarkeit von Entscheidungen 158
  - zeitliche Reihenfolge der Entscheidungen 158 ff.
- als Anerkennungsvoraussetzung 47 ff., 136, 224
- Prüfung im Exequaturverfahren 97

**Rechtskraftwirkung** 18 ff., 106**Rechtspfleger, Entscheidungen der** 118 ff.**Rechtssicherheit, internationale** 1, 60, 215**Reform des spanischen autonomen Anerkennungsrechts** 11 f., 183 ff.**Regel der »maximalen Wirksamkeit«** 234**Regel der »Spezialität«** 234**Registerwirkung** 32**révision au fond**

- im dt.-span. Vertrag 134 ff.
- im EuGVÜ 197, 205
- im Europäischen Sorgerechtsübereinkommen 225
- im spanischen autonomen Recht 6, 8 f., 51 ff.
- in Unterhaltssachen 210
- rügelose Einlassung** 81 ff., 165 f.

**Säumnis**

- aus Überzeugung 59 ff.
- aus Zweckmäßigkeit 59 ff.
- zwangsläufige 59 ff.

**San Sebastián-Übereinkommen von 1989** 189 ff., s. auch Europäisches Gerichtsstands- und Vollstreckungsübereinkommen

## — Entstehungsgeschichte 190 ff.

**Scheidungsstatut** 175**Scheidungsurteile** 250 ff.

- Anerkennung im spanischen autonomen Recht 23 ff.
- Prüfung der Anerkennungszuständigkeit 73 ff., 140 ff.

**Schiedsgerichtsbarkeitsgesetz, spanisches** 43 ff.**Schiedssprüche** 43 ff., 127 f., 256**Schutz des Beklagten** 35, 58 f., 70, 163 ff., 214, 225**Sorgerechtsentscheidungen** 216 ff., 253

## — s. auch Statussachen

## — spanische Anerkennungspraxis 228 ff.

**Souveränität, territoriale** 1**Soziale Sicherheit** 126**Spiegelbildprinzip** 73 ff.

- Auflockerung 77 ff., 145 ff.
- Kritik 77 ff.

**Staatsverträge**

- bilaterale 53, 102
- multilaterale 189 ff.
- Verhältnis zum autonomen Recht 243 ff.

**Staatsvertragliches Anerkennungssystem** 8, 53**Statussachen** 253 ff.

- Anerkennungszuständigkeit 75 ff., 140 ff.
- Bestimmung des anwendbaren Rechts 175 ff.
- Derogation 80 ff.

**Streitgegenstand**

- Begriff im spanischen Recht 154
  - Qualifikation der Identität 154 f.
- Streitverkündungswirkung** 30, 106
- System der Gegenseitigkeit** 8, 55 ff.
- Prüfung der internationalen Zuständigkeit 71
- System der unabhängigen internen Kontrolle** 9, 57 ff.
- Prüfung der internationalen Zuständigkeit 72 ff.

**Tatbestandswirkung** 33 f.

**Teilanerkennung** 16, 106 f., 203

**Testamentsvollstrecker, Entlassung des** 113

**théorie de l'équivalence** 174 f.

**Todeserklärung** 113

- Bestimmung des anwendbaren Rechts 176

**transición** 24, 44

**Unterhaltssachen** 206 ff., 252 f.

- Abänderungsentscheidungen 211
- Abgrenzungsprobleme zwischen dt.-span. Vertrag und EuGVÜ 235 ff.
- Annex-Unterhaltsentscheidungen 214 f.
- Dauer des Erkenntnisverfahrens in Spanien 210
- einstweilige Maßnahmen 211 f.
- Ersatzanspruch der öffentlichen Hand 211
- frühere Anerkennungspraxis in Spanien 207 ff.
- vorläufig vollstreckbare Entscheidungen 211 f.
- vorläufige Unterhaltsfestsetzung im spanischen Recht 212

**UN-Übereinkommen über die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen im Ausland von 1956** 209 f.

**Urkunde, vollstreckbare öffentliche** 121 f.

- Begriff 122

**Vaterschaftsfeststellung**

- Anerkennung im spanischen autonomen Recht 28
- Bestimmung des anwendbaren Rechts 176 f.
- Prüfung der Anerkennungszuständigkeit 75 ff., 140 ff.

**Verbürgung der Gegenseitigkeit mit Spanien** 57

**Verfassungsrecht, spanisches**

- Einfluß auf das Anerkennungsrecht 21, 61, 63 f., 98 ff.

**Verhältnis des dt.-span. Vertrages zum EuGVÜ** 234 ff.

**Verhältnis von IPR und IZPR** 84 f., 178 f.

**Vermischungsverbot** 246 f.

**Vermögensrechtliche Entscheidungen** 137, 255

**Versäumnisurteile** 58 ff., 132, 136, 163 ff., 225

**Versorgungsausgleich** 113

**Vertragspolitik in Spanien** 10, 55

**Verwaltungsbehörden, Entscheidungen der** 118, 211

**Vollstreckbarerklärung** 13, 182, 205, 214, 227

**Vollstreckungsbescheid** 119

**Vollstreckungswirkung** 17 f.

**Vormundschaft**

- Bestimmung des anwendbaren Rechts 176
- Einbeziehung von Entscheidungen in den dt.-span. Vertrag 114

**Wiener UN-Konvention über das Recht der Verträge von 1969** 233 f.

**Wirkungen ausländischer Entscheidungen** 17 ff., 106

- Beweiswirkung 32 f.
  - Gestaltungswirkung 22 ff., 106
  - Interventionswirkung 30, 106
  - Präklusionswirkung 29, 106
  - Qualifikation der 17
  - Rechtskraftwirkung 18 ff., 106
  - Registerwirkung 32
  - Streitverkündungswirkung 30, 106
  - Tatbestandswirkung 33 f.
  - Vollstreckungswirkung 17 f.
- Wirkungserstreckung** 13 ff., 106
- Grenze 14, 106
- Wirkungsgleichstellung** 13 ff.

**Zivil- und Handelssachen** 36 f., 108 f., 199

**Zivilregister, spanisches**

- Eintragung ausländischer Entscheidungen 26 ff., 43, 185 f.

**Zugewinnausgleich** 113

**Zuständigkeit**

- ausschließliche des Tribunal Supremo 45, 90 ff., 183, 227
- direkte, s. Entscheidungszuständigkeit
- indirekte, s. Anerkennungszuständigkeit
- internationale
  - bei der Anerkennung, s. Anerkennungszuständigkeit
  - im Erkenntnisverfahren, s. Entscheidungszuständigkeit

**Zustellung**

- im dt.-span. Rechtsverkehr 170 ff.
  - ordnungsgemäße und rechtzeitige 60 f., 166 ff.
    - Verhältnis von Rechtzeitigkeit und Ordnungsmäßigkeit 166 ff.
  - Widerlegung der Zugangsvermutung durch den Beklagten 173
- Zwangsvollstreckung in Spanien**
- 
- 95, 182 ff.